

# ERHARD BUSEK

## HAT SÜDOSTEUROPA EINE EUROPÄISCHE ZUKUNFT ?

Einleitung:

**Bundeskanzler a.D. Dkfm. Dr. Franz Vranitzky**

Moderation:

**Dr. Rubina Möhring**

Montag | 17. Januar 2005 | 19.30 Uhr

### **Dr. Erhard Busek**

Vizekanzler a. D. und Bundesminister für Wissenschaft und Unterricht a. D., Vorsitzender des Instituts für den Donauraum und Mitteleuropa.

Geboren 25. März 1941 in Wien, 1959 Matura, anschließend Studium an der Juridischen Fakultät der Universität Wien, 1963 Abschluss des Studiums mit Doktorat, 1966 – 1969 Vorsitzender des Österreichischen Bundesjugendringes, 1964-1968 Parlamentssekretär im Österreichischen Nationalrat, 1972 – 1976 Generalsekretär des Österreichischen Wirtschaftsbundes, 1975 – 1976 Generalsekretär der Österreichischen Volkspartei, 1976 – 1978 Stadtrat in Wien, 1976 – 1989 Landesparteiobmann der Wiener Volkspartei, 1978 – 1987 Landeshauptmann-Stellvertreter und Vizebürgermeister von Wien, 1989 – 1994 Bundesminister für Wissenschaft und Forschung, 1994 – 1995 Bundesminister für Unterricht und kulturelle Angelegenheiten, 1991 – 1995 Vizekanzler der Republik Österreich und Bundesparteiobmann der Österreichischen Volkspartei, seit 1995 Vorsitzender des Instituts für den Donauraum und Mitteleuropa (IDM), seit 1996 Koordinator der South - East European Co-operative Initiative (SECI), 2000 – 2001 Regierungsbeauftragter der österreichischen Bundesregierung für EU-Erweiterungsfragen, seit April 2000 Präsident des Europäischen Forum Alpbach, seit 1. Jänner 2002 Sonderkoordinator des Stabilitätspaktes für Südosteuropa, seit Oktober 2004 Rektor der Fachhochschule Salzburg.

Dr. Erhard Busek ist Träger etlicher Ehrendoktorate (Universitäten Krakau, Bratislava, Czernowitz, Ruse, Brasov, Liberec und Webster University in Wien) und Autor bzw. Herausgeber zahlreicher Bücher und Artikel, u.a. „Die kranken Riesen – Krise des Zentralismus“, Franz Deuticke Verlag (1981); „Projekt Mitteleuropa“, gemeinsam mit E. Brix, C. Ueberreuter (Wien 1986); „Aufbruch nach Mitteleuropa“, gemeinsam mit G. Wilflinger, Edition Atelier (Wien 1986); „Wissenschaft, Ethik und Politik“, gemeinsam mit M. Peterlik, Verlag für Geschichte und Politik (Wien 1987); „Wissenschaft und Freiheit – Ideen zu Universität und Universalität“, gemeinsam mit W. Mantl und M. Peterlik, Verlag für Geschichte und Politik (1989); Herausgeber von „Brücken in die Zukunft – Weltausstellung Wien-Budapest 1995“, Edition Atelier (1989); „Heimat – Politik mit Sitz im Leben“, Braintrust Verlag (1994); „Mensch im Wort“, Edition Atelier (1994); „Mitteleuropa – Eine Spurensicherung“, Verlag Kremayr & Scheriau (1997); „Politik am Gängelband der Medien“ Verlag Jugend & Volk (1998); „Österreich und der Balkan – Vom Umgang mit dem Pulverfaß Europas“, Verlag Molden (1999); Herausgeber gemeinsam mit Baudenbacher „Europa im Zeitalter der Globalisierung – Vorträge des I. DDr. Herbert Batliner Symposiums“, Manz Verlag (2000); "Eine Reise ins Innere Europas - Protokoll eines Österreicher", Wieser Verlag (2001); Herausgeber gemeinsam mit Baudenbacher „Europa und die Globalisierung – Referate des Zweiten Wiener Globalisierungssymposiums 10. und 11. Mai 2001“, Verlag Österreich (2002), „Offenes Tor nach Osten“, Molden Verlag (2003); „Die Europäische Union auf dem Weg nach Osten“, Erhard Busek und Werner Mikulitsch, Wieser Verlag (2003), Herausgeber gemeinsam mit Abfalter „Kultur und Wirtschaft“, Studien Verlag (2003); Herausgeber gemeinsam mit Hummer „Der Europäische Konvent und sein Ergebnis – Eine Europäische Verfassung“, Böhlau Verlag (2004).

### **Dr. Rudolf Scholten**

Meine sehr geehrten Damen und Herren, ich möchte Sie heute Abend hier sehr herzlich bei einer Veranstaltung im Rahmen der Vranitzky Lectures begrüßen und möchte als erstes den Namensgeber unserer Veranstaltung, gleichsam den Gastgeber des heutigen Abends, den langjährigen Präsidenten, nunmehrigen Ehrenpräsidenten Dr. Franz Vranitzky willkommen heißen. Ganz besonders herzlich begrüßen möchte ich naturgemäß unseren Referenten und Gast, der als Sonderkoordinator des Südosteuropa-Stabilitätspaktes nicht nur enormes Wissen zur Region und zum Thema erworben hat, sondern vor allem einer jener ist, die sehr konkret und sehr praktisch und auch sehr wirksam in die Entwicklung dieser Region eingebunden sind. Ich heiße Sie herzlich willkommen, Dr. Erhard Busek. Nachdem wir mehrere Vertreter haben, die dem Außenamt sehr verbunden sind, möchte ich sagen die Tatsache, dass ich protokollarisch Bundeskanzler und Vizekanzler a.D. weg gelassen habe, ist nicht Unhöflichkeit sondern ein hilfloser Versuch, dem Klischee, dies sei eine Nostalgieveranstaltung, zu widersprechen. Herr Dr. Busek, ich bin Ihnen nicht nur sehr dankbar, dass Sie die Einladung angenommen haben, sondern auch dankbar dafür, dass Sie – sagen wir es einmal harmlos – eine gewisse beschwerliche Reiselogistik auf sich genommen haben, um diesen Abend hier möglich zu machen.. Ich möchte auch Frau Rubina

Möhring begrüßen, die die anschließende Diskussion und Fragerunde moderieren wird. Ich sollte angesichts der Tatsache, dass Herr Dr. Busek von hier weg nach Prag fährt, es zeitlich etwas eingrenzen, aber ich denke, Sie werden uns sagen, wann Sie weg fahren wollen und dann hören wir auf. Ich darf Dr. Vranitzky bitten einzuleiten.

### **Dr. Franz Vranitzky**

Guten Abend, meine sehr geehrten Damen und Herren. Es ist ein Geste der Vorstandsmitglieder des Kreisky Forums, dass sie mir, als ich als Präsident ausschied, zum Abschied die Vranitzky Lectures geschenkt haben, die vor allem aber einen sehr großen Vorteil für mich haben. Ich muss sie nicht selber halten. Ich freue mich ganz besonders in Wiederholung dessen, was Herr Dr. Scholten schon sagte, dass es gelungen ist, meinen Vizekanzler – ich würde das Possesivum nicht überall anwenden – Herr Dr. Busek zu gewinnen. Wir haben beide an einer Europapolitik-Konferenz in Vilnius vor etlichen Monaten teilgenommen. Ich habe ihn dort gefragt, ob er einmal bei uns als Gast auftreten möchte. Er hat sofort zugesagt, und es ist nun auch dazu gekommen mit einem gewissen zeitlichen Abstand. Und ich halte das für ganz gut, dass dieser zeitliche Abstand eingetreten ist, denn in der Zwischenzeit haben wir alle die Meinungsumfragen gelesen, die uns in Europa im allgemeinen und in Österreich im besonderen beachtliche Europaskepsis unserer Bürger belegen und bescheinigen. Ich meine, dass das nicht ein Zustand ist, über den man zur Tagesordnung übergehen darf.

Daher halte ich es für eine glückliche Fügung, dass gerade in diesen Tagen und Wochen unter dem Eindruck dieser europaskeptischen demoskopischen Beobachtungen jemand hier über seine Erfahrung spricht, über sein Arbeitsgebiet. Dieses Arbeitsgebiet ist aus meiner Sicht jedenfalls -und ich glaube nicht, dass ich da viel Widerspruch ernten werde - ein im höchsten Grade politisches Arbeitsgebiet. Ich befürchte, dass doch sehr viele, die sich an der Diskussion beteiligen, diesen europäischen Integrationsprozess als einen irgendwie mechanisch, mechanistisch, automatisch vorgegebenen betrachten, in dem Weltanschauungen nicht mehr vorkommen, in dem die Politik nicht mehr gleich gesetzt wird mit der Innenpolitik. In Wirklichkeit sind wir in Europa längst bei der Innenpolitik angelangt und sollten das noch vertiefen.

Ich habe heute in einem anderen Zusammenhang Gelegenheit gehabt, darauf hin zu weisen, mit der Erweiterung auf nunmehr 25 Mitglieder und mit einer absehbaren Erweiterung um einige mehr ist u.a. vor allem die Heterogenität dieses europäischen Raums in Bezug auf seine Gesellschaften, seine Wirtschaften, seine politischen Annäherungen an verschiedene Probleme sprunghaft gestiegen. Man muss das immer wieder betonen, weil ja Skeptiker des europäischen Integrationsprozesses immer von diesem grauen gemeinsamen Brei sprechen. Gerade den gibt es ja gar nicht in der Wirklichkeit und soll und darf ihn auch gar nicht geben. Wenn daher heute die Gelegenheit ist, über diesen Integrationsprozess zu hören und vielleicht später zu diskutieren, wieder unter besonderer Berücksichtigung des südosteuropäischen Raums, den wir beide immer für ganz besonders wichtig und crucial, würde man in englisch sagen, gehalten haben, dann meine ich, sind wir auch auf einem richtigen Weg.

Zm Abschluss noch herzlichen Dank, lieber Herr Dr. Busek, auch von meiner Seite, dass Sie gekommen sind, zwischen zwei eigentlich typisch mitteleuropäischen Reisezielen, Venedig und Prag. Da muss Wien dazwischen liegen. Meine Damen und Herren, bei Ihnen bedanke ich mich für diesen wirklich sehr regen Besuch. Bevor jemand auf andere Gedanken kommt, wir haben auch schon bei sozialdemokratischen Politikern so einen guten Besuch gehabt. Aber vielleicht ist das gar nicht notwendigerweise ein Gegensatz. Ich bin schon ziemlich lange auf der Welt und erinnere mich, es gab einen ÖVP-Funktionäre, der einmal vorgeschlagen hat, allen Ernstes seine Partei neu zu gründen. Sie haben das Wort, Herr Dr. Busek.

### **Dr. Erhard Busek**

Herr Bundeskanzler, Herr Bundesminister, geschätzte Botschafter, meine Damen und Herren. Ich bin der Einleitung sehr verbunden, dass gleich klargestellt wurde, dass es nicht ein

Zusammentreffen von Personen ist, die das als Kameradschaftstreffen verstehen. Ich glaube, wenn uns etwas verbindet, dann sind wir von dieser Einstellung sehr weit entfernt. Das lässt sich nicht als kleinsten gemeinsamen Nenner etwa definieren.

Ich möchte mich sehr herzlich bedanken für die Einladung. Und ich sage das nicht nur aus Höflichkeit. Dafür gibt es mehrere Gründe. Der erste wurde von Franz Vranitzky bereits genannt. Ich glaube, dass es eine österreichische Aufgabe in Südosteuropa gibt. Das hat nichts mit meiner Person zu tun. Meine tiefe Überzeugung, wir sind weit davon entfernt, diese Aufgabe schon erfüllt zu haben. Es gibt dann noch einen zweiten Grund. Das sage ich auch ganz offen. Sie werden es nicht glauben, aber ich habe nicht zu viele Gelegenheiten in Österreich darauf zu verweisen, was dort geschieht, was vielleicht auch ein Charakteristikum unseres Landes ist. Ich weiß das besonders zu schätzen, hier vom Kreisky Forum eingeladen worden zu sein. Dann erlauben Sie mir noch einen dritten Gesichtspunkt, der ist mir sehr wichtig. Ich habe nämlich eine Reihe von Anrufen, emails und sms erhalten von Menschen, die mir einerseits gesagt haben: Stimmt das, dass Sie im Kreisky Forum auftreten?, andererseits aber auch ihren Respekt – ob sie es so gemeint haben, weiß ich nicht – aber ausgedrückt haben, dass ich das tue. Ich war fast ein wenig verwundert, denn ich muss sagen, ich halte das immer noch für eine Sache der politischen Kultur, dass Unterschiedlichkeiten in politischen Positionen, noch dazu wenn die direkte Ausübung schon einige Zeit zurück liegt, ganz sicher ein Gegenstand sein können, warum man nicht zu solchen Einrichtungen kommt. Ich würde sagen, das wäre eigentlich eine grundsätzlich notwendige Haltung, die man dann nicht als neu bezeichnen muss sondern eben ein Ergebnis einer notwendigen politischen Kultur ist. In dem Sinn habe ich das sehr gerne getan. Betrachten Sie diese drei Gesichtspunkte als bestimmend auch für meine Ausführungen.

Meine Damen und Herren, der Stabilitätspakt wurde im Juli 1999 offiziell geschaffen, mit einer sehr großen Zeremonie in Sarajewo, im teilweise zerstörten Stadion dieser Stadt, nach dem Ende des Kosovo-Krieges. Aber alle Dinge haben eine Vorgeschichte. Und bevor ich Ihnen im Detail erzähle, was diese Einrichtung tut, ist es vielleicht besser, die ganze historische Abfolge sich zu vergegenwärtigen, in der wir mitten drinnen stecken. Man kann keineswegs davon reden, dass der Prozess abgeschlossen ist. Er ist ein begonnener Prozess. Er ist ein offener Prozess. Und er ist hoffentlich ein Prozess, der für Europa selbst und erst recht für Österreich gute Ergebnisse hat. Wie so vieles beginnt er mit 1989 und hat sich vorher schon abgezeichnet. Was vielleicht vergessen wird ist, dass es vor 1989, etwa in den frühen 80er Jahren in Serbien selbst starke demokratische Bewegungen gegeben hat, weniger in Kroatien, auch nicht in Slowenien, die aber dann der Kosovo-Frage in der internen Diskussion zum Opfern gefallen sind. Ich werde eine Formel, die mir meine Freunde in Serbien damals gesagt haben, zuerst Kosovo, dann Demokratie, nie vergessen. Das ist ein tragischer Satz, der heute noch gewissermaßen seine Wirklichkeit hat in der Auseinandersetzung innenpolitischer Art in diesem Land. Daher war ganz klar, dass die Veränderungen in unserer Nachbarschaft mit dem Ende des kommunistischen Systems, Warschauer Pakt usw. natürlich auch weiter gehen. Nur – und hier ist das erste grundsätzliche Unterscheidungsmerkmal – es ist nicht eine Transformation, wie sie ganz selbstverständlich in der Nachbarschaft stattgefunden hat, sondern es ist auch eine Veränderung der Landkarte, mit einer kleinen Einschränkung. Die Separation der Tschechen und der Slowaken ist eine solche Veränderung der Landkarte gewesen, aber sie ist alles andere als kriegerisch erfolgt. Das ist eine der großen Leistungen auf beiden Seiten.. Während der Auseinanderfall Jugoslawiens von vier Kriegen begleitet gewesen ist. Einem sehr kurzen betreffend Slowenien. In einer Sprache einer vergangenen Zeit hätte man gesagt, hier hat die jugoslawische Volksarmee eine Frontbegradigung vorgenommen. Und dann die schmerzlicheren Auseinandersetzungen in Kroatien und Bosnien. Und dann last but not least das erste Eingreifen der NATO ohne Sicherheitsratsbeschluss. Es ist vielleicht ganz gut, auch daran zu erinnern. Nur war das damals kein Problem, dass so zu machen. Die Landkarte hat sich verändert folgend den Teilrepubliken mit den offenen Problemen einer autonomen Region, nämlich Kosovo. Sie war nicht eine Teilrepublik. Und mitten in unsere gemeinsame Amtszeit ist die Auseinandersetzung darüber gefallen, Anerkennung, wann

Anerkennung, wie geschieht die Anerkennung usw. Nachdem die Badinter-Kommission gemeint hat, alle, die Teilrepubliken waren, hätten quasi damit die Voraussetzung erfüllt, eine völkerrechtliche Anerkennung zu bekommen.

Das wirklich Bestimmende war aber nicht diese Veränderung der Landkarte, die auf Grund der verschiedensten Prozesse durchgeführt wurde, sondern mit Sicherheit die kriegerischen Handlungen. Und das ist der ganz wesentliche Unterschied. Mit dem schmerzlichen Befund, dass ein Land, das rein ökonomisch ganz beachtlich entwickelt gewesen ist, nämlich Jugoslawien, und im Gefühl der Österreicher eigentlich ein Nachbarland war, das gar nicht so unterschiedlich ist, hier hat der Tourismus sicher eine Rolle gespielt und auch die beschränkte Kenntnis des Norden und des Westen von Jugoslawien, dass man eigentlich hier eine Entwicklung erhalten hat, die selbstverständlich einen Rückschritt bedeutet hat.

Im Selbstverständnis des Stabilitätspakts – und durch seine Beschlüsse gehören auch Rumänien und Bulgarien dazu, jene Länder, die zwar relativ rasch gemeinsam zu Kandidatenländern mit den jetzigen Mitgliedsländern erklärt wurde, die aber einen weiteren Weg zu gehen hatten. Wobei Sie mir die Bemerkung gestatten – das kann man selbstverständlich anders sehen - , aber dass die eigentliche Transformation in beiden Ländern erst etwa ab 1996 begonnen hat. Ich habe mehr und mehr den Eindruck, dass es bestimmte Kräfte hinter Ceaucescu fantastisch verstanden haben, 1989 die Exekution dieses Diktators öffentlichkeitswirksam durchzuführen, damit sie selber an der Macht bleiben, nicht um eine Veränderung herbei zu führen. Das hat aber damals natürlich alle beeindruckt, weil es szenisch ungeheuer wirksam hier durchgeführt wurde.

Die Dinge haben gewisse Schritte vor sich. Es gibt eine Einrichtung, die vor dem Stabilitätspakt geschaffen wurde und auf die Amerikaner zurück geht und eine Konsequenz des amerikanischen Engagements in Bosnien-Herzegowina gewesen ist. Ich muss Sie schmerzvoller Weise daran erinnern, dass die Europäische Gemeinschaft vier Jahre lang herum gedoktert hat am Problem Bosnien-Herzegowina. Es hat die verschiedenen Missionen gegeben, Lord Owen z.B, die herzlich wenig erfolgreich gewesen sind, und dass es dann eigentlich die Entscheidung der Amerikaner war, hier einzugreifen, indirekt in Kroatien, aber auch ziemlich direkt in Bosnien-Herzegowina, die das Dayton-Agreement erzeugt haben. Meinem Urteil nach ist das Dayton-Agreement ein Waffenstillstand mit einigen Implikationen an die Verfasstheit. Es ist kein Friedensschluss, wie man de facto auch heute noch feststellen kann. Für die USA war es ziemlich klar, dass die Frage Bosnien-Herzegowina nicht nur ein Problem ist, das in Bosnien selber eine Rolle spielt, sondern auch eine Frage des Umfeldes ist. Es war der frühere Assistant Secretary of State Richard Shifter, ein in Wien geborener Jude, der 1938 als einziger seiner Familie dem Schrecken des Nationalsozialismus entkommen ist, der dann dafür zuständig gewesen ist. Seiner Überlegung entsprangt die Einrichtung einer Initiative mit dem Namen Southeast European Cooperative Initiative, SECI. Das war eine Vorgängereinrichtung, die klassisch amerikanisch war, nämlich sehr projektorientiert, ungeheuer pragmatisch. Es hatte die Überlegung an sich, man muss etwas tun, um die wirtschaftlichen und administrativen Verhältnisse rund um Bosnien-Herzegowina zu verbessern und dafür zu sorgen, dass es zu einer entsprechenden positiven Entwicklung kommt.

Ich habe Richard Shifter sehr lange schon vorher gekannt. Ich muss Ihnen eines der köstlichsten Erlebnisse erzählen, als ich ihn in der österreichischen Botschaft in Washington getroffen habe. Damals war ich noch Vizebürgermeister, und hatte keine Ahnung, wer er ist. Er hat mich gefragt, woher ich sei, Wien natürlich. Und dann kam die sehr nette Frage, from which district. Da gestehe ich Ihnen, ab da hat es mir gedämmert, denn wer fragt schon nach dem Bezirk. Ich habe damals ihm gegenüber ein großes Pokerspiel gemacht und habe gesagt, ich bin geboren im 9. Bezirk, weil ich ihn, jüdisch, als entspringend jener Mittelschicht eingesehen habe, die in der Rossau zu Hause gewesen ist. Ich habe einen Volltreffer erzielt. Er ist aufgewachsen, geboren in der Porzellangasse, wobei es die Ironie des Schicksals wollte, dass meine Eltern dann als Pensionisten vis-à-vis von diesem Haus gelebt haben. Ich hatte also eine gute lokale Kenntnis. Das war vielleicht

mit einer der psychologischen Gründe, warum er mich dann später 1996 nach meinem Ausscheiden aus der Regierung gefragt hat, ob ich bereit bin, das zu übernehmen. Er kannte mein Engagement im Bereich der Dissidenten in der Nachbarschaft Österreichs und auch im Norden von Jugoslawien. Ich habe diese Aufgabe sehr gerne übernommen.

Diese Initiative ist eine sehr schmale Angelegenheit, relativ wirksam, ist in der OSZE zu Hause, ohne ein Teil der OSZE zu sein. Und wieder, wie ich gesagt habe, klassisch amerikanisch, sehr pragmatisch. Wenn wir etwas tun wollen für die Wirtschaft, dann muss das border management funktionieren. Es hat die Warteschlangen von 10, 12, 14, 24 Stunden von LKWs gegeben. Daher ging es darum, Training des Zoll, Training der border police durchzuführen. Von dort kamen wir dann direkt zur Frage der Bekämpfung des organisierten Verbrechens. Dem verdanken wir eine Einrichtung, die nun die Perspektive hat, ein Teil von Europol zu werden, nämlich das cross border crime fighting centre in Bukarest, das in dem unsagbaren Ceaucescu-Palais im zehnten Stock sitzt, und heute gut dazu dient, Informationen betreffend Kriminalität online jeden Tag auszutauschen mit, wie ich glaube, doch beachtlichen Ergebnissen. Ich werde einige wenige Sätze noch dazu sagen. Es ist eines der Produkte dieser Initiative.

Als nun der Kosovo-Krieg zu Ende gewesen ist, und man eben versucht hat, neben UNMIK auch hier die Probleme der Region zu sehen, haben eigentlich die Europäer, die bei SECI mit einem Memorandum of understanding als Zustimmende, aber nicht Aktive beteligt gewesen sind, daran ein wenig Maß genommen und klassisch europäisch reagiert, indem sie dieses Kriseninterventions- und Präventionsinstrument sehr breit angesetzt haben. Nur um Ihnen Überschriften zu nennen. Wir verfügen über drei so genannte Arbeitstische. Das sind die Felder, in denen wir tätig sind. Die Titel sagen das schon sehr deutlich. Der erste ist Demokratie und Menschenrechte unter Einschluss von Medien, Minderheitenrechte, Flüchtlingsrückkehr usw. Der zweite ist Infrastruktur, Business. Und der dritte ist militärische und zivile Sicherheit. Sie sehen diesen gesamthaften Ansatz, der existiert.

Hier kommt die Perspektive der europäischen Integration bei der Tür herein, wenn in diesem Text des Stabilitätspakts, der unter der Leitung der Deutschen in ihrer EU-Präsidentschaft mit einer abschließenden Sitzung am Petersberg entwickelt wurde, und unter finnischer Präsident im Juli dann in Sarajewo 1999 unterzeichnet wurde. Dieser europäische Ansatz hatte die klare Perspektive der Mitgliedschaft zur Europäischen Union. Das steht dort bereits im reinen Text hier drinnen. Ich kann nur sagen, dafür kann man nur dankbar sein, denn das wirkliche movens für die Länder dieser Region ist die Perspektive der Europäischen Union. Ich traue mir das auch hier und in Österreich zu sagen, die Mitgliedschaft zur NATO. Das sind die zwei Elemente, die eine ganz entscheidende Rolle spielen für die Transformation. Das ist die Triebfeder. Es beantwortet die Frage, warum machen wir es. Weil wir hier dabei sein wollen. Es ist auch jene Begründung, die gegenüber der Bevölkerung gegeben wird, auch mit der Problematik, die wir Österreicher bei unserem Beitritt hatten. Ich glaube, heute können wir es gestehen. Manchen Veränderungen, haben wir gesagt, müssen wir machen wegen der Europäischen Gemeinschaft oder der EU. In Wahrheit hätten wir sie so und so machen sollen. Aber es ist immer gut, wenn man sich auf jemanden entsprechend berufen kann. Das spielt natürlich dann auch eine Rolle und erzeugt dann wie auch bei uns diese Auf's und Abs. Eines verzeichnen wir gegenwärtig gerade in Kroatien in der Meinungsforschung bezüglich der Europäischen Union, weil diese Veränderungen natürlich auch Belastungen in Wahrheit bedeuten.

Der kardinale Unterschied zwischen den Beitrittsländern, die jetzt Mitgliedsländer sind, und unter Einschluss von Rumänien und Bulgarien, des Balkan oder von Südosteuropa, oder wie immer Sie hier sagen wollen, besteht darin, dass es eben nicht nur die neue Landkarte ist sondern das Aufbauen von Staatlichkeit, also der entsprechenden Identität, und natürlich auch einer Landkarte bzw. auch einer politischen Situation, die in sich letztlich nicht ganz geklärt ist, weil Sie ja auch hinsichtlich der Minderheiten die unterschiedlichsten Situationen haben. Bosnien-Herzegowina ist ein Land, das, wenn Sie wollen, nur aus Minderheiten besteht. Da gibt es in dem Sinn keine

Mehrheit aber den Versuch jedes Teiles, sich als Mehrheit zu fühlen und die anderen als Minderheit zu betrachten, um aber auch dann nach außen zu sagen, wir werden so schlecht behandelt und die anderen sind nicht gut zu uns, was natürlich auch eine gewisse Möglichkeit der Reflexion hier darstellt. Das ist eine dramatisch andere Situation, die auch andere historische Voraussetzungen hat. Die Eigenstaatlichkeit etwa unserer Nachbarn Ungarn, der Tschechen und Slowaken, der Polen ist sozusagen nicht in Frage gestanden, währenddem sie für diesen Bereich nicht nur in Frage stand, sondern auch ganz andere historische Voraussetzungen hat. Es ist unglaublich, in welchem hohem Ausmaß dieser lange historische Prozess seit der zweiten Türkenbelagerung, nämlich das Zurückdrängen des osmanischen Reiches heute durchaus noch Implikationen hat und eine gewisse Rolle hier spielt. Und zwar nicht bei den Türken, die haben ein relativ entspanntes Verhältnis, sondern auf unserer Seite. Wir müssen uns ganz offen eingestehen, dass die Vorstellung in unseren Breitengraden die ist: wir wissen schon, was für die gut ist. Das ist eine der großen Problematiken. Es hat eine lange historische Tradition, die Sie auch sichtbar machen können. Seit dem griechischen Unabhängigkeitskrieg 1821 haben es die großen Mächte immer verstanden genau zu wissen, was die dort tun sollen, und sie haben das auch sehr deutlich ausgedrückt. Es wird Ihnen vielleicht weniger bekannt sein, dass nach diesem griechischen Unabhängigkeitskrieg dem neuen Königreich Griechenland nicht nur die Fürstenfamilie zur Verfügung gestellt wurde, es war aus deutschen Fürstenhäusern, sondern es gab auch einen Rat von Konsuln dieser Mächte, die quasi eine Art Ratifikationsfunktion gegenüber den Beschlüssen der griechischen Regierung hatten. Also sozusagen, die mussten erst ja sagen. Es war ein Kontrollorgan, wenn Sie wollen. Deutlich können Sie diese Dinge sehen etwa an der Tatsache, dass der gegenwärtige bulgarische Ministerpräsident den zutiefst bulgarischen Namen Saksoburgotski trägt. Auch hier sehen Sie die Transplantation. Es ist genau so in Rumänien passiert. Lediglich die Serben hatten mit den Obrenovici und Karacorovici die einzigen autochtonen Fürstengeschlechter an der Spitze ihres Staates. Und das hat sich so fort gezogen. Albanien ist auf Grund eines Vorschlages des Außenministers Österreich-Ungarns, Ehrenthal, 1912 entstanden. Hier spielt auch wieder die Geschichte eine Rolle. Er hat nämlich ein Albanien vorgeschlagen, so wie es heute existiert plus Kosovo. Und es ist dann aus der Überlegung, die offensichtlich schon sehr stark von herein kommenden Auseinandersetzungen des ersten Weltkrieges beeinflusst worden, von London, Paris, dann auch Berlin und Sankt Petersburg verhindert worden, das so zu tun, wobei ja gerade bei Kosovo die Geschichte noch viel tiefer geht. Denn die Kosovo-Serben sind ja von der alten Monarchie abgesiedelt worden. Nach der zweiten Türkenbelagerung kam die Armee der Habsburger bis Skopje, wurde dort vom osmanischen Heer geschlagen, hatten aber den Auftrag Bevölkerung zurück zu bringen, weil die Zeit des osmanischen Reiches zu einer starken Entvölkerung geführt hat, und die Militärgrenze, die legendäre österreichische Militärgrenze zu etablieren. Und so kamen die Serben in die Krajina, und Krajina heißt ja schließlich Grenze. Sie haben es auch schon im Begriff hier direkt drinnen. Das sind ganz tiefe Einflüsse. Oder wenn die Serben heute sagen, die Wiege des orthodoxen Christentums ist in Pec, auf albanisch Peja, zu Hause, stimmt das. Der Patriarch von Belgrad ist eigentlich der Patriarch von Pec. Aber die Habsburger haben schon damals auch den Patriarchen mit genommen und haben ihn nach Karlovac transferiert. Politische Propaganda ist nicht eine Erfindung unserer Zeit. Sie haben ihm dort eine wunderschöne Kirche und ein Palais hingestellt. Wenn der Nebel über der Donau nicht lag, dann konnte man aus dem noch vom osmanischen Reich besetzten Belgrad auf diese Kirche hier blicken. Es war sozusagen der Nachweis, so frei und so gut lebt die orthodoxe Kirche hier zum Unterschied vom osmanischen Reich. Sie sehen, Religionsargumentation als politisches Mittel hat eine lange Tradition. Und so Sie den Sitz des Patriarchen in Belgrad besuchen, fühlen Sie sich an eine Inszenierung von Eugen Onedin erinnert. Dieses Haus ist nämlich vom russischen Zaren bezahlt worden, und sieht auch ganz so aus. Sie könnten das ruhig als Filmkulisse verwenden. Das sind durchgehende Linien der Geschichte. Es sind permanente Einflüsse.

Und ich gestehe Ihnen, dass auch der Stabilitätspakt hier nicht davor gefeit ist, zu glauben genau zu wissen, was die tun sollen. Das heißt, neben der Hilfe Kandidaten für die Europäische Union zu werden, ist, und so lautet die Phrase, von entscheidender Bedeutung regional ownership. Das heißt,

man muss auch vermitteln können, dass hier die Menschen in diesen Ländern für sich selbst verantwortlich sind. Das ist ein ganz interessantes psychologisches Spiel. Ich bin mir nie ganz sicher, wie unangenehm in Wirklichkeit den Bosniern die Rolle des High Representative ist. Natürlich sagen sie, der entscheidet alles, und was ist mit uns. Aber ein bisschen ist dann das Spiel auch, der entscheidet es, und wir können dann kritisch dagegen sein. Das wird sozusagen auch irgendwo genossen. Es hat einen sehr starken psychologischen Hintergrund, dieses Verhältnis, um auch die entsprechende Balance der Volksgruppen hier erzeugen zu können.

Ich habe versucht, Ihnen damit die Charakteristika zu sagen, die von den jetzigen Erweiterungsländern äußerst unterschiedlich sind. Wobei die Findung der eigenen Identität doch eine große Rolle spielt. Sie können beobachten, wie man versucht, das seinerzeitige Serbo-kroatische in verschiedene Sprachen aufzulösen. Es gibt hier Elemente des altkroatischen, die im Kroatischen heute eine Rolle spielen. Da könnte man ein wenig als Österreicher sagen, da fühlen sich die burgenländischen Kroaten dann wohler, weil die ja in Folge des kirchen-kroatisch hier einen stärkeren Bezug dazu haben. Bei den Bosniaken ist es der Fall, dass türkische Worte, aber ganz selbstverständlich auch das Wienerische dort seinen Platz findet. Wenn Sie unbedingt ein Kipferl in Sarajewo kaufen wollen, haben Sie kein Problem. Sie können Kifla sagen, Sie werden sofort verstanden. Das ist bosniakisch. Sie können bereits ein Wort. Das ist überhaupt kein Problem. Markthalle heißt Markala, also überhaupt kein Problem, das entsprechen zu identifizieren. Oder Sie haben die Schwierigkeiten, die sich aus politischen Entscheidungen ergeben, so wie die Mazedonier, die ja ein mehrfaches Problem haben. Zunächst einmal haben ihnen die Bulgaren erklärt, dass es die Sprache mazedonisch nicht gibt. Das wäre ein bulgarischer Dialekt. Daher hat Bulgarien die längste Zeit keine Staatsverträge unterschrieben, weil da drinnen stand, gilt in bulgarischer und mazedonischer Sprache. Die Bulgaren waren der Ansicht, das gibt es nicht. Dann ist die ungeheuer clevere Formel erfunden worden, gilt in der jeweiligen Landessprache, und damit war das Problem gelöst. Die größere Schwierigkeit ist ja hinreichend bekannt. Das ist die Frage des Staatsnamens. Noch immer heißt dieser Staat offiziell per Beschluss der Vereinten Nationen the Former Yugoslav Republic of Macedonia. Fragen Sie mich nicht, was das auf mazedonisch heißt. Aber es ist der letzte Staat, wo der Begriff Jugoslawien im Staatsnamen noch existiert. Ich habe griechische Freunde, die ja das begründen mit König Philipp und Alexander dem Großen,- kommt im Film von Oliver Stone nicht vor, - und behaupten, dass es ein Teil von Griechenland wäre. Wie eine DNA Analyse von Alexander ausgegangen wäre, entzieht sich den Möglichkeiten von heute. Ich glaube, dass das schon etwas differenzierter war. Ich versuche, den griechischen Freunden immer zu erklären, wenn man uns 1945 gesagt hätte, wir heißen nicht Österreich sondern die frühere Ostmark des Großdeutschen Reiches, dann wären wir begeistert gewesen. Überlegen Sie, wie sich ein Staat und wie sich Menschen in einem Staat fühlen, wo schon der Staatsname nicht ganz geklärt ist. Das soll man nicht unterschätzen. Dann ist noch die Tatsache der slawisch-mazedonischen Mehrheit und der albanischen Minderheit mit der unterschiedlichen Geburtenrate. Die müssen erst lernen, in sich mit diesem Staat eins zu sein. Das ist ein Prozess, der zweifellos seine Zeit braucht.

Und damit sind Sie natürlich auch beim Problem Serbien, Montenegro, Kosovo. Kalkulieren Sie zu Gunsten der Serben ein, die ein gewisses Gefühl hatten, das alte Jugoslawien beachtlich dominiert zu haben, dass auf der Landkarte das immer kleiner wurde. Es gab ja diesen berühmten Witz. Die Frau des Milosevic sieht beim Fenster hinaus in der Nacht und sieht einen Grenzsoldaten stehen. Sie weckt Milosevic auf und sagt, du, da stehen jetzt schon Grenzsoldaten vor unserer Villa. Darauf hin hat Milosevic gesagt, ja kennst du nicht die jüngsten internationalen Beschlüsse über die Größe Jugoslawiens. Das sind diese sehr zynischen oder schmerzlichen Witze, die existieren und zeigen, dass das sich zurecht finden unter anderen Verhältnissen natürlich auch ein entsprechendes Problem darstellt.

Dann kommt das Problem Montenegro dazu, wo bis zum Beginn 2006 offen ist, ob ein Referendum stattfindet. Im Moment ist das nicht sehr klar, und wie Montenegro seinen eigenen Weg hier geht,

was innerhalb der Europäischen Union die meisten nicht wollen. Es ist ja diese Union Serbien-Montenegro unter Einfluss der EU zu Stande gekommen.

Und dann ist die offene Kosovo-Frage. Um diese Frage gleich zu nennen, es gibt gegenwärtig in der offiziellen Europäischen Union keinen Lösungsvorschlag. Es gibt die unterschiedlichsten Positionen, wobei meiner Beobachtung nach ein bisschen die Relationen der Zeit rund um den ersten Weltkrieg auf der emotionalen Seite hier eine Rolle spielen. Es werden die Franzosen und die Briten immer ein bisschen stärker für Belgrad sein. Sie müssen neben der rationalen Seite auch die tiefe Kiste von Vorurteilen mit einkalkulieren, die hier existiert, samt den historischen Bezügen. Aber Winston Churchill verdanken wir den sehr gescheiterten Satz: „The Balkans have more history as they can consume“, was meines Erachtens nicht nur für den Balkan gilt. Manchmal ist das auch in unserem geliebten Land der Fall. Aber das ist eine andere Frage von Gedenk- bis Gedankenjahr. Und es ließe sich trefflich darüber philosophieren.

Meine Sorge ist die, dass die Amerikaner das machen, was sie etwa beim Staatsnamen Mazedonien lächelnd gemacht haben, ohne Vorinformation der Europäischen Union anzuerkennen, einen fait accompli zu setzen. Und wir Europäer mit dem Mitglied Griechenland sitzen jetzt da und sagen, wie kommen wir da raus und verlieren natürlich in Mazedonien Position, während die Amerikaner das wunderbar für sich gelöst haben. Ich fürchte, dass mit dem Beginn der Diskussion über den Status von Kosovo möglicherweise an irgendeinem Punkt die Amerikaner sagen werden, wir sind eigentlich für Unabhängigkeit, was sagt ihr Europäer jetzt. Und da kann ich die Positionen noch nicht erkennen. Wobei natürlich die Bandbreite sehr groß ist, von einer unmittelbaren Unabhängigkeit, was sich die Albaner vorstellen, ja fast auch das Gefühl haben, dass sie sie haben, „wir haben ordentliche Wahlen durchgeführt usw., wir sind hier getrennt.“ Es gibt auch einige obskure Regelungen. Es wird z.B. im Handel zwischen Serbien minus Kosovo mit Kosovo Zoll eingehoben. Also eine Staatsgrenze, die es nicht gibt laut Beschluss des Sicherheitsrates der Vereinten Nationen, ist eine Linie, wo Zoll eingehoben wird, wobei die Erträge dieses Zoll der UNMIK zu Gute kommen. Die Vereinten Nationen genießen hier eine Unterstützung ihrer Verwaltungsfinanzierung auf Grund einer Grenze, die es eigentlich gar nicht geben darf. Das erklären Sie nun mal jemandem. Ich rede nicht von Bürgern von Kosovo oder von Serbien. Es ist schon in den höheren Rängen sehr schwer erklärbar. Es sind eine Reihe von Ungereimtheiten, die hier existieren. Die serbische Vorstellung ist, dass es ein integraler Bestandteil von Serbien selber bleibt, wobei die Bewusstseinslage auch sehr unterschiedlich ist. Ich treffe relativ viele, die einem dann in der Kaffeepause sagen, wir wissen, dieses Kosovo hindert uns auf dem Weg zur Europäischen Union, sagt uns wie wir dieses Problem los werden können. Aber, wenn Sie dann drinnen in der Sitzung sind, ist das natürlich ein integraler Bestandteil. Das müssen Sie hier einkalkulieren. Das ist eine der schwierigen Situationen, die existieren. Das, was ich Ihnen jetzt gesagt habe, wird Ihnen offiziell jeder bestreiten in Belgrad und nachher draußen jeder Recht geben. Sie haben hier eine sehr, sehr gemischte Situation, jenseits von Politikern und Parteien, die natürlich die nationale oder nationalistische Position als eines ihrer Mittel zur Stimmengewinnung selber ansehen. So weit Kosovo. Wobei wir 2005 hier zu Lösungen kommen müssen. Offiziell zuständig ist die Kontaktgruppe, die aus Deutschland, Großbritannien, Frankreich, den Amerikanern und den Russen besteht, und der Europäischen Union selbstverständlich. Stefan Lehne ist von der Kommission selber entsandt, die eigentliche die politische Zuständigkeit hat. Wobei ich mit Interesse beobachte, dass aus der Region selber Stimmen sich zu Wort melden. Der neue rumänische Außenminister hat das z.B. so formuliert, dass die Region sich in Kosovo-Angelegenheiten einmischen müsse, weil es die Entwicklung der Region aufhält, was de facto auch der Fall ist. Man wird sehen, wohin diese Entwicklung führt und inwieweit die Emanzipation zu einer eigenständigen Politik aus der Region hier selber geht.

Nun zur Situation der Beitrittsperspektive. Kroatien hat einen Verhandlungsbeginn, noch eingebremst durch die Frage Godowina. Ich hoffe, dass es hier zu Lösungen kommt. Ich möchte mich persönlich nicht um eine Stellungnahme drücken. Das Zurückweisen von Den Haag, einmal

den Vorschlag zu akzeptieren, dass Godowina in Kroatien bleibt und sich dem Gerichtsverfahren stellt, habe ich nicht ganz verstanden, weil es eine ganz gute Brücke wäre. Sie werden das vielleicht verfolgt haben. Der hat sich über seinen Rechtsanwalt gemeldet und hat gesagt, er ist bereit, sich dem Gerichtsverfahren zu stellen, aber er will nicht konfiniert werden in Den Haag sondern in Kroatien. Das wurde unmittelbar zurück gewiesen. Vielleicht wäre es politisch ein Weg gewesen, hier eine Lösung Schritt um Schritt zu ermöglichen. Wie überhaupt ich die Existenz des Kriegsverbrechertribunals voll unterstütze. Ich glaube nur, dass die Art und Weise, wie es präsentiert wird, nicht sehr hilfreich ist. Wenn Sie es ein bisschen in Serbien verfolgen, der Milosevic Prozess ist eine Art soap opera, vermischt noch um das Faktum, hier steht das Land am Tribunal und ist angeklagt. Das ist, glaube ich, eine Bewegung, die da ganz geschickt ausgenützt wurde. Ich glaube, wenn man solche Kriegsverbrechertribunale macht, und sie sind notwendig, sie sind der Beginn einer globalen Verantwortung, dann muss man vor allem in den betroffenen Ländern auch zur Erklärung selber beitragen. Denn unterschätzen Sie nicht, der General Godowina ist ein Hero in Split und Umgebung, weil man dort überzeugt ist, dass er das Land hier verteidigt hat. Da gibt es zu wenig Psychologie. Carla del Ponte im Fernsehen allein genügt nicht. Man muss das auch entsprechend erklären. Da fehlt sehr vieles in der Beziehung. Wobei noch dazu kommt, dass sich die Amerikaner ja von solcher Gerichtsbarkeit selber befreit haben, indem sie in den einzelnen Ländern solche Erklärungen gesammelt haben, was die Sache auch nicht unbedingt glaubwürdiger macht, wenn Sie mir diese Kritik hier gestatten.

Wir haben eine sehr differenzierte Situation also. Kroatien hoffentlich mit einem Verhandlungsbeginn. Den Kroaten selbst ist klar, dass sie 2007 nicht erreichen werden, was sie nicht unbedingt laut sagen werden, was ich auch voll verstehe, um auch den Druck entsprechend intern aufrecht zu erhalten. Das Land, das dann noch am nächsten ist, ist Mazedonien. Wenn es gelingt, nach der Realisierung des Ohrid -Abkommen, sprich also der Position der Albaner in der Verwaltung, zu einem Abkommen zu finden, das für die wirtschaftliche und soziale Situation eine gewisse Basis beinhaltet. Wenn Sie wollen, eine paritätische Vereinbarung in der österreichischen Sprache der Vergangenheit. Das wäre von ungeheurer Wichtigkeit. Die gegenwärtige Regierung ist auf diesem Weg. Und es gibt auch bei der tragenden albanischen Partei eine gewisse Bereitschaft dazu. Dann hätte Mazedonien als nächstes die Chance. Fragen Sie mich nicht nach Jahreszahlen. Die Jahreszahl ist das Unwichtigste. Das ist aber immer die Frage, die gleich kommt. Die Jahreszahl bewirkt gar nichts. Sondern in Wirklichkeit sind es die Maßnahmen, die zur Situation selber zur Verbesserung beitragen.

Albanien hat quasi erstens spät begonnen, aber auch auf sehr tiefem Niveau. Für mich ist Enver Hodxa als Generalsekretär der albanischen kommunistischen Partei ein ungeheures Phänomen. Dem ist es gelungen, in dem Land zum Teil kulturelle Erinnerung auszulöschen. Es gab vor kurzem eine Tagung über interreligious and interethnic dialogue. Beide Probleme sind keine Probleme in Albanien, weil es z.B. von der Religion her eigentlich fast keine Religionsspuren mehr gibt. Es gibt eine katholische Minderheit im Norden mit 8, 9 % der Bevölkerung. Es gibt Orthodoxe, die im wesentlichen Griechen sind oder mit griechischen familiären Wurzeln. Wenn dann gesagt wird, die Albaner sind Muslime, dann kann ich nur sagen, da sind sogar die Österreicher noch kräftig katholisch selbst nach den Austritten. Das ist nicht sehr tief verwurzelt. Sie werden mir sagen, wenn Sie dort durchs Land reisen, sehen Sie überall neue Moscheen. Das ist das Geschenk von Muammar Gaddafi und der Saudis. Hier wurde Plattenbau entwickelt. Das ist interessant. Ich habe immer geglaubt, dass das nur für Wohnbauten geht. Das geht auch für Moscheen. Wobei der Volkshumor in Albanien auch existiert. Sie wurden zum größten Teil in der Berischa-Zeit dorthin importiert und heißen bei den Albanern wegen der Minarette die Berischa-Rockets. Sie sehen, der Volkshumor geht auch mit gewissen Fakten eigentlich ganz gut um. Albanien wird besser. Die politischen Kämpfe haben sich von der Straße dorthin verlagert, wohin sie gehören. Bundeskanzler Vranitzky hat ja am Beginn diese Weichenstellung durchgeführt. Aber der Weg ist an sich noch sehr weit. Wobei der Menschenhandel über die Adria zum größten Teil gestoppt ist. Das muss man auch sagen. Auch da ist eine Verbesserung der Situation zu verzeichnen.

Dann bleibt uns Bosnien-Herzegowina und Serbien, Montenegro, Kosovo. Bosnien-Herzegowina mit dem Problem, dass der Staat nicht integriert ist. Es bleibt abzuwarten, inwieweit die Maßnahmen von Paddy Ashdown als High Representative, der einige Politiker entsorgt hat, die Möglichkeit ergeben, diese Integration durchzuführen. Im Moment kann man das nicht sagen. Es ist auch die Gefahr, dass eher wieder eine Desintegration stattfindet. In Wirklichkeit kämpft die Republica Srpska quasi um ihr Überleben mit einer ungeheuren Empfindlichkeit. Das Dayton-Agreement wird hier als Basis angesehen. Sie haben zwei Wirtschaftsräume in dem kleinen Land, das offiziell viereinhalb Millionen Einwohner hat. Inzwischen sind es längst weniger als vier, weil es eine ungeheure Emigration gegeben hat. Wie überhaupt der brain drain in der Region äußerst stark ist. Wenn Sie an amerikanische Universitäten gehen, finden Sie dort die Intelligenz dieser Region als Professoren, was an sich eine sehr bittere Entwicklung ist. Wir haben mit Mühe durchgesetzt, dass ab 2007 die Mobilitätsprogramme der Europäischen Union gelten müssen, was für die Ausbildung der Leute von entscheidender Bedeutung ist, weil sie hinaus gehen können und zurück gehen können. Für die Studenten ist das eine ganz entscheidende Frage.

Meine Damen und Herren, überschattet ist das alles von der Diskussion auch in unseren Ländern betreffend Türkei. Das Problem des Stabilitätspakts ist es, alle reden über die Türkei, niemand spricht mehr über den Balkan. Nun könnte man sagen, das ist gut, daher haben wir keine Schlagzeilen, die der Balkan erzeugt. Es braucht aber auch natürlich ein gewisses konzentriertes Interesse hier. An sich bin ich froh, dass die Zuständigkeit für die Verhandlungen für Südosteuropa und die Türkei beim Kommissar Olli Rehn konzentriert ist, sodass auf diese Weise Rivalitäten vermieden werden können. Das war in der früheren Kommission nicht so eingeteilt. Das war etwas schwieriger hier im Verhältnis. Der Nachteil unserer heutigen Zeit ist der, wenn Sie keine Schlagzeilen haben, interessiert sich niemand dafür. Schlagzeilen bekommen sie mit Negativen. Das haben die Kosovo-Albaner z.B. gelernt. Ich habe zu jenen gehört, die gemeinsam mit Alois Mock Rugova und den Albanern eingeredet haben, den friedlichen Weg zu gehen. Ich muss Ihnen zu meinem Schmerz sagen, erfolglos. Es hat sich niemand dafür interessiert. Wie die Waffen genommen wurden, wie es zu Vertreibungen gekommen ist, kam es auch zur Intervention. Ich glaube, dass die Unruhen im März 2004, als die Albaner wieder die Waffen genommen haben, schlicht und einfach die Strategie hatten, wie es so schön heißt, die attention span, die Aufmerksamkeit wieder zu kreieren, dass es hier nach wie vor ungelöste Probleme gibt. Darüber darf nachgedacht werden, dass wir nur dann reagieren, wenn irgendwas Schreckliches passiert.

Im Kosovo sind die SFOR-Truppen abgelöst worden. Ich bin sehr dafür, dass UNMIK Kosovo europäisiert wird. Weil – und ich sage Ihnen das ungern mit einer gewissen Kritik an den Vereinten Nationen – auf der Agenda der Vereinten Nationen ist Kosovo, sagen wir einmal, der Punkt 26, ist nicht von ungeheurer Wichtigkeit. Daher werden die Dinge auch auf sehr lange Distanz durchgeführt, wobei auch eine Menge von Fehlern passieren. Im 6. Jahr von UNMIK Kosovo haben wir den fünften Special Representative. Solche Dinge können aber nur mit Kontinuität wahr genommen werden. Es gibt die unterschiedlichsten Gründe, warum es einen so starken Wechsel gibt. Aber dort muss einer sitzen, um die Dinge in der Hand zu behalten. Bis er drauf kommt, wie das ist, ist er dann eigentlich schon weg. Das ist keine gute Lösung. Und die zweite nicht gute Lösung – und es tut mir leid, das sagen zu müssen -, es sind 70 Nationen in der UNMIK-Verwaltung plus Polizei und Armee vertreten, Personal zunehmend aus Ländern, wenn man die anheuert, die billiger sind. Wobei wir schmerzlicherweise draufgekommen sind, dass diese Plätze im Kosovo in einigen außereuropäischen Ländern quasi bestbietend vergeben werden. Hier gibt es eine Zone der Kriminalität. Ich bin selbst einmal dabei gewesen und auch betroffen gewesen. Am Flugplatz von Pristina hat es irgendwo einen Lärm gegeben. Und darauf hin gab es vier wunderschöne Sikh-Soldaten, Inder, die mit den entsprechenden Gummiwürsten dann auf das gesamte Publikum hier eingeschlagen haben. Ich bin mir nicht sicher, ob das in Nordindien sehr geliebt wird. Aber ich bin mir ganz sicher, dass das dort nicht geliebt wurde angesichts eines gemischten internationalen Publikums. Sie merken, es ist schon die Frage, wer ist wo mit welcher

Psychologie. Ich sage Ihnen dazu, dass die Österreicher in ihrer Tätigkeit im Kosovo äußerst geschätzt werden. Wir zählen zu jenen, denen man ein gewisses Einfühlungsvermögen nachsagt. Ich weiß nicht, ob die Kenntnis so groß ist. Aber eine gewisse Gen-mäßige Verbindung nach Südosteuropa kann einfach nicht geleugnet werden. Was übrigens, nur eine Nebenbemerkung, sich wirtschaftlich ganz ausgezeichnet auswirkt. Wenn Sie sich die Wirtschaft hier anschauen, sind wir aus dem Westen Nummer 1, 2, 3, 4 in allen diesen Ländern, also eine ganz beachtliche Entwicklung.

Es wird also interessant sein, was nach 2007, mit Bulgarien und Rumänien, hier als nächstes geschieht. Nicht nur bei Kroatien, gibt es die Frage, ob wir auch in der Lage sind, hier Lösungen zu erzeugen, und ob nicht die Diskussion über das Türkei-Problem uns überfordert. Denn der Charakter dieser Aufnahme ist ein anderer.

Mein kritischer Einwand oder meine kritische Frage zur Türkei ist für mich die, ob wir dem Sicherheitsproblem gewachsen sind, dass wir durch die Nachbarschaft von Syrien, Irak, Iran, Kaukasus-Staaten und Zentralasien uns einhandeln. Europa hat nach wie vor keine Regierung und auch keine Armee. Es ist die Frage, die man sich überlegen muss, ob wir in der Sicherheitsfrage Europas dann allein auf die türkische Armee bauen können, die sehr effizient ist, das ist außer Frage, aber ob das wirklich erstrebenswert ist. Ich will den Prozess der Veränderung in der Türkei nicht ausschließen. Der ist zum Teil auch wirklich sehr beeindruckend. Es ergibt ein sehr schizoides Bild. Nach außen hin wird die Türkei europäischer, währenddem die Regierung Erdogan schon auch eine gewisse Tendenz zu islamischen Akzenten hat. Wie sich das entwickeln wird, ist noch schwer zu sagen. Wobei ich nicht glaube, dass die Religionsfrage die eigentlich kritische ist, sondern die politische, und auch die der Kapazitätsfrage der Europäischen Union.

Ich glaube, man muss zur Frage der Nachbarschaftspolitik noch etwas sagen. Diese orangene Revolution in der Ukraine hat natürlich hier ungeheure Akzente gesetzt. Ganz offen gestanden: Sehr engagiert waren wir Europäer in Richtung Ukraine bislang nicht. Es gab eine Reihe von privaten Institutionen, Stiftungen und dergleichen mehr. Ich glaube, dass die Veränderung in der Ukraine bedeutet, dass wir uns hier mehr zu engagieren haben.

Weiters gibt es ein Land das im Verantwortungsbereich des Stabilitätspaktes liegt und direkt davon betroffen ist, das ist Moldawien. Meine Schwierigkeit mit Moldawien, meine Damen und Herren, ist, dass ich den meisten immer erklären muss, wo es ungefähr liegt. Es gibt sozusagen keine wie immer geartete genaue Vorstellung. Die Schwierigkeit der Moldawier ist, dass sie eine der reichsten Sowjetrepubliken gewesen sind und dass sie heute zum Armenhaus Europas zählen. Sie sind das ärmste Land. Sie fallen unter die *international development agency* in Folge der ganzen Finanzierungssituation, und sie sind sehr arm durch Transnistrien. Dort sitzt offiziell noch die 14. Armee der Russen. Militärisch ist das völlig unbedeutend. Es ist eine Gang in Transnistrien unterwegs, die ungeheuer an der Kriminalität verdient. Dort sind jene Ströme, wo *organized crime* betreffend Drogen, betreffend Frauen und Kinder ganz eindeutig durchgehen. Die Moldawier können ihre Grenzen nicht kontrollieren. Die Russen blockieren jede Veränderung. Es wird sehr interessant sein, wie sich die innere Entwicklung Russlands hier abzeichnet. Bei meinen bisherigen Verhandlungen hat mir der Europaminister folgendes gesagt, die ich als heiter empfunden habe, und antwortete: „bitte was tut ihr dort, ihr habt nicht einmal gemeinsame Grenzen mit Moldawien, ist euch das wirklich wichtig“, worauf ich als Antwort bekam: „sie müssen verstehen, wir müssen dort sein, wo der Zar war“. Darauf hin habe ich mich gerettet und habe gesagt, „wir Österreicher müssen nicht dort sein, wo die Habsburger waren, denn das würde uns ganz entschieden überfordern“. Dann hat er gesagt: „nehmen Sie das Ernst, ein zweiter Fehler wie die baltischen Staaten passiert uns nicht“. Ich weiß nicht, ob es die bleibende Linie sein wird in der Russischen Föderation. Aber das Verhalten in der OSZE, und wir hatten schon weitreichende Beschlüsse hinsichtlich des Abzugs von Truppen und Fristen und dergleichen mehr, lässt darauf schließen, dass die russische Vorstellung von Nachbarschaft etwas stringenter ist als die europäische Vorstellung.

Und ich rede noch gar nicht von Weißrussland, wo wir auf Grund der Verhältnisse noch relativ weit entfernt sind. Das ist eine jener offenen Fragen, die sicher nicht von heute auf morgen zu entscheiden ist, aber die ein entsprechendes Engagement verlangt. Sie haben auch hier wieder ein Land, das durch die Grenzziehungen, die Stalin und später Chruschtschow vorgenommen haben, den Charakter verändert hat. Stalin blieb es vorbehalten, bei allen Grenzziehungen entweder tüchtige Portionen von Russen, obwohl er Georgier war, in diese Teilrepubliken hinein zu packen, oder per Migration, das war bei den baltischen Staaten, dafür zu sorgen, dass entsprechend Russen hin kommen, sozusagen eine nationale Balance zu erzeugen. Und Chruschtschow hat das dann noch erweitert, indem die Krim ein Teil der Ukraine geworden ist, wobei jetzt die Tataren dort zurück ziehen. Sie kommen da auf ganz spannende Verhältnisse. Und in der Tat Karkov und Odessa sind rein russische Gegenden, währenddem natürlich das traditionelle Ukrainertum weiter westlich zu Hause ist und in Lemberg seinen entsprechenden Schwerpunkt hat. Es ist auch einiges österreichisches Sentiment dort unterwegs betreffend Lemberg; oder ein Name, dem Franz Vranitzky verbunden ist, Schumpeter hat in Czernowitz zu lehren begonnen, etwas, was kaum mehr gewusst wird, welche Bedeutung die Universität von Czernowitz etwa in dem Zusammenhang hatte. Da ist viel Geschichte noch dort zu Hause, die von uns wieder entdeckt werden soll nicht im Sinn von Nostalgie sondern von Verantwortung.

Lassen Sie mich abrunden. Ich empfinde die Entwicklung Europas als faszinierend. Faszinierend in dem Sinn, dass nach einer langen Zeit der Geschichte es eigentlich offen ist, was wir aus diesem Europa machen. Da ist Südosteuropa ein ganz bedeutender Teil, wobei die Dinge nicht nur rational sind oder von Hilfen abhängen oder eine Geldfrage sind. Sie sind auch ein gewisser emotionaler Bestandteil, der vor allem von unserer Seite einmal ein gewisses Einfühlungsvermögen verlangt. Johann Baptist Metz hat den Ausdruck Kompassion einmal verwendet in dem Zusammenhang, Empathie können Sie es auch nennen, einfach zu begreifen, was dort eine Rolle spielt. Das ist eine Rolle, die den Östereichern niemand abnehmen sollte. Wir haben eine Verantwortung, wobei das gar nicht historisch nostalgisch zu sehen ist, sondern aus einem blanken Interesse. Ich gehe seit Jahren mit primitiven Formeln hausieren, wie etwa von Wien nach Buchs ist es weiter als von Wien nach Uschgorod . Mein Problem ist immer nur dabei, dass ich erklären muss, wo Uschgorod liegt. Das heißt, dass die ukrainische Entwicklung eine ungeheure Bedeutung für Österreich hat, was bei uns immer aus einem Gefühl der Ferne durchaus existiert. Sarajewo ist eine Flugstunde. Und mit solchen simplen Dingen müssen Sie arbeiten. Es ist Vieles besser geworden. Es ist nicht mehr so, dass viele Österreicher dem slowenischen Botschafter wegen slowakischer Angelegenheiten schreiben und umgekehrt. Der Vorteil auch der EU-Mitgliedschaft beider Länder. Aber so ganz auskennen tun wir uns noch nicht und begreifen es auch gar nicht, obwohl wir inzwischen gerade Menschen aus diesen Ländern hier bei uns haben. Das ist die ungeheure Schizophrenie. Heißt irgendjemand Ivica Vastic und ist im Krankenhaus oder als Dienstpersonal tätig, schätzt ihn niemand. Wenn er Fußballer ist, ist er selbstverständlich einer von uns. Das ist ganz klar. Auf den sind wir stolz, heißen eigentlich alle so. Hier sehen Sie, die gesamte Problematik ist nicht praesent in der öffentlichen Diskussion. Das ist einer der Gründe, warum ich froh bin, darüber immer das Wort ergreifen zu können. Und es ist eine europäische Verantwortung. Denn die eigentliche europäische Idee war nicht die ökonomische. Die europäische Idee war die einer Friedenszone und einer garantierten Friedenszone. Und es muss unser Interesse sein, dass die Friedenszone in dem uns nahen Europa ganz selbstverständlich etabliert wird. Die globalen Fragen sind ohnehin in Wirklichkeit groß genug.

Lassen Sie mich einen österreichischen Schluss wählen. Die Länder dieser Region schätzen Österreich. Ich merke immer mit einem großen Schmerz, dass man sagt aber die Serben. Da kommt dann immer der Thronfolger und der 28. Juni 1914 bei der Tür hinein. Das spielt, meine Damen und Herren, keine wie immer geartete Rolle, ist aber tief verwurzelt. Als ich begonnen habe, mich in dieser Gegend umzutreiben, hat meine inzwischen selige Mutter nahe der 90 gesagt, Bub, geh' nicht nach Sarajewo, weißt eh, sie haben den Thronfolger erschossen .Dann war sie sehr modern und hat

gesagt, bei der Winterolympiade haben wir dort auch nichts gewonnen. Damit werden wir diesen Ländern oder den Menschen dieser Länder in Wirklichkeit nicht gerecht. Auch die ganze Dimension der Religionsfrage, die hier immer wieder genannt wird. Das ist nicht das Problem. Wenn es dort zu Radikalismen kommt, dann weil die Wahabiten mit viel saudischem Geld unterwegs sind und alle möglichen Gruppen von außen zu beeinflussen suchen. Der Rais Ul Ulema Mustafa Ceric von Sarajewo fleht uns immer an, wir sollen beitragen dazu, einen europäischen Islam selbst zu entwickeln. Ein bisschen ist das auch auf der österreichischen Seite ein Erbe, das uns Kardinal König hinterlassen hat, der auf dem Sektor immer wieder versucht hat, etwas zu tun. Sie merken, das ist also nicht nur eine Frage der Politik. Es ist nicht nur eine Frage der Wirtschaftshilfe. Sondern es ist auch eine Frage der Kenntnis, der Erkenntnis und der Erweiterung, im Hirn und in den Herzen. Da steht aber noch vieles aus. Herzlichen Dank.

### **Rubina Möhring**

Herzlichen Dank auch Ihnen.

Ich danke Ihnen sehr für dieses Plädoyer für Südosteuropa und Ihren Einsatz, auch diese europäische Region zu verstehen. Ich möchte auf einige Punkte noch zurück kommen, bevor ich dann – und ich nehme an viele von Ihnen haben ebenso viele Fragen – das Auditorium bitte, sich auch zu Wort zu melden.

Ich möchte ganz gern zurück kommen auf die Frage der Transformationsstaaten und zwar speziell hier nun Bulgarien und Rumänien, die ja im April den Beitrittsvertrag unterschreiben, allerdings mit einer Superschutzklausel, wenn sie vor allem die Reformen der Innenpolitik und hier im Speziellen dann auch Justiz, Gewerbe und Korruption nicht einhalten, die Ziele nicht erreichen, dann gibt es eine Verzögerung. Diese Staaten sind geprägt von Jahrzehnten eines bestimmten Systems. Nehmen wir die Korruption. Man kann natürlich juristisch dagegen vorgehen. Bis sich die Gesellschaft verändert, dauert es ja doch eine ganze Zeit, und geht nicht mit einem Fingerstreich zu machen. Wir haben einen Prototyp in Europa selbst, Deutschland. Ganz anders, aber da sind zwei Welten wieder zusammengewachsen oder versuchen es. Nach außen hin sind sie es. Viele sagen, es dauert mindestens eine Generation, bis sie es auch tatsächlich sind. Können diese Hürden so einfach genommen werden? Oder kann man einfach nur sagen, es ist die Triebfeder sich anzupassen, um eben sich der EU und der NATO zu nähern, aber die tatsächlichen Veränderungen kann man die so schnell erwarten?

### **Busek**

Frau Möhring, diese Schutzklausel – ich akzeptiere sie selbstverständlich und halte sie für richtig -, aber es ist ein bisschen ein Produkt der Erfahrung mit den 10 Beitrittsländern. Man ist drauf gekommen, dass manches rein gesetzmäßig in den einzelnen Ländern durchgeführt wurde, aber die Implementierung aussteht. Es zahlt immer der nächste die Rechnung. Diese Schutzklausel ist aus der sehr jungen Geschichte der Erweiterung zu verstehen. Man ist drauf gekommen, dass manche der Länder nicht alle Bedingungen in Wirklichkeit erfüllen. Gesetzgebung ist okay, aber die Implementierung on the ground, wie das immer so schön heißt, die fehlt hier. Man hat das dann für Rumänien und Bulgarien quasi vorgesehen, weil man vorher nicht genau darauf getrachtet hat, gesehen hat. Ich glaube, dass mit sehr sichtbaren Maßnahmen hier sehr geholfen ist, insbesondere dann – und jetzt muss ich sehr vorsichtig sein, wie ich das sage -, wenn es der politischen Ebene gelingt, keine Verdachtsmomente über sich selber zuzulassen korrupt zu sein. Das Hauptproblem, das wir ganz offen gestanden haben, und aus meiner Kenntnis weiß ich leider auch genügend Geschichten, ist dass die Korruption dann schon auf der Regierungsebene und an der Spitze ansetzt. Und wenn das bekannt ist, ist es problematisch. Wobei Sie mich ganz brutal sagen lassen, diese Korruption ist nicht nur eine Sache, die Regierungen oder Länder oder Verwaltungen von sich aus machen, sondern da sind westliche Länder durchaus kräftig beteiligt. Ich habe manche Hinweise erhalten von der Regierung, ich soll doch intervenieren zu Gunsten dieser oder jener Firma, aber sie können das selber nicht tun, entgegen den Ausschreibungsrichtlinien bei einem ganz bestimmten Projekt, wo es Einwände gegeben hat, sehr starke von der Europäischen Investitionsbank, habe ich

dann auch beteiligte Firmen, auch österreichische, gefragt, und ich habe von allen eine nette Antwort erhalten. Ich muss jetzt leider das Land nennen. Ich habe gesagt, das ist ja nicht ausgeschlossen, wie könnt ihr das akzeptieren, das ist gegen EU rules. Darafhin habe ich die Antwort erhalten, ausgeschrieben war es schon, aber auf rumänische Weise. Sie sehen, wie das hier gemacht wird. Ich ziehe sofort zurück, Rumänien, das Wort ist nicht gefallen, oder ich sagen viel mehr, dass die neue Regierung sich ungeheuer bemühen will – und ich glaube es ihr auch -, das zu tun. Bulgarien ist hier – das sage ich nicht nur angesichts der anwesenden Frau Botschafterin – etwas erfolgreicher in den letzten Jahren gewesen, das hier sichtbar zu machen. Das tiefe Problem ist, meine Damen und Herren, Sie können einen Minister austauschen, Sie können einen Generalprokurator austauschen, wechseln Sie einmal Richter aus in einem ganzen Land, die in einem alten System erzogen wurden. Das ist ein ungeheures zeitliches Problem.

Wenn wir jetzt ganz ehrlich sind, nach 1945 hat es auch in der Gegend so manche gegeben, die durchaus noch tausendjährig gedacht haben. Und wir waren eine Demokratie. Das soll man immer, bevor man mit Fingern zeigt, auch einkalkulieren. Viele von Ihnen werden diese Fälle durchaus noch im Gedächtnis haben.

Es ist ein Prozess, der ohnehin rasch besser wird. Das muss man auch sagen. Wobei natürlich die Einzelfälle hier dann ungeheuer auffallen und fürs Ganze genommen werden. Aber ich bin optimistisch. Na, dauert es halt ein Jahr länger oder so irgendwas. Aber es wird verstanden, dass das ein gewisser limes ist. Wenn wir uns selber Ernst nehmen, dann sollen uns halt selber auch in der EU keine Korruptionsfälle passieren.

### **Möhring**

Guter Vorsatz, der auch hoffentlich befolgt wird. Aber kommen wir nochmals auf das Establishment zurück. Ich kenne mich natürlich mehr im Journalismus aus. Da ist mir aufgefallen, dass gerade in diesen Staaten sehr oft das Establishment nicht ausgewechselt wurde, oder dass jene wieder Chefredakteure sind, die es vorher waren, d.h. die gleiche Linie weiter fahren, d.h. also die gleiche Meinung auch weiter vertreten und damit auch die Meinung des Publikums vertreten. Ist darüber nachgedacht worden? Oder ist das überhaupt möglich, da Regulative einzusetzen? Denn was haben wir jungen Journalisten, die eigentlich etwas anderes schreiben wollen, davon, wenn sie Kurse machen in den älteren Demokratien in Europa, dann zurück kommen und dann wieder jene Vorgesetzte haben, die das verbieten, was sie gerade gelernt haben. Das kostet auch viel Geld. Da wird viel investiert. Aber eigentlich ist es für die Katz.

### **Busek**

Es ist richtig. Wir haben ungeheuer viel investiert in die Mediengesetzgebung und ins Training. Jetzt komme ich auf ein sehr sensibles Gebiet. Die regierungseigenen Organe verlieren zunehmend an Lesern bzw., wenn es elektronisch ist, an Einschaltziffern. Was ist mit den anderen? Hier gibt es zwei Typen von Eigentümern. Das eine sind jene Oligarchen à la Russland, die sich der Medien bemächtigen. Die sind natürlich ganz begeistert, willfährige Chefredakteure zu haben. Und jetzt kommt die noch traurigere Bemerkung. Und dann gibt es westliche Firmen. Es gibt eine sehr bedeutende, die man in diesem Land auch nicht laut aussprechen darf, die 52 Zeitungen in Südosteuropa hat. Und die wollen ein Geschäft machen. Die haben sich um die europäischen Werte einen Dreck bislang gekümmert. Ich stehe zu dieser Feststellung.

### **Möhring**

Medienkonzentration ist ja auch bei uns nichts unbekanntes.

### **Busek**

Das ist eh dieselbe.

### **Möhring**

Gehen wir zum Kosovo, den Sie auch breit angesprochen haben, oder gehen wir zu den Gebieten des ehemaligen Jugoslawiens. Abgesehen davon, was Serbiens Bemühung betrifft, die ja sicherlich davon abhängen werden, wie es sich in den Kriegsverbrechertribunalen verhalten wird bzw. ausliefern wird jene, die angefordert werden. Da hat es Jahre und Jahrzehnte hate speech gegeben, die Generationen sind eingeschworen mit nationalen Ressentiments. Auch das wird sehr lange dauern, bis das abgebaut wird. In wie fern ist das dann auch innerhalb Europas tragbar? Oder ist das ein Konfliktherd, mit dem dann auch Europa nicht fertig werden könnte?

### **Busek**

Na ja, Sie können ja Maß nehmen an verschiedenen Dingen. Wir haben angesichts der Aufnahme der Tschechischen Republik auch erlebt, dass es gewisse Töne gegeben hat, die ich alles andere als erfreulich angesehen habe. Und das liegt noch viel länger zurück, und ist in dem Sinn für manche nicht gelöst. In wie weit man solche Dinge überhaupt lösen kann, bleibt dahin gestellt. Wir haben auch keine guten Beispiele. Mir sagen liebe Freunde, die dies gern und gut meinen, ja nehmt uns alle in die EU auf und dann verschwinden alle diese Probleme. Ich muss dann immer leider darauf antworten, Großbritannien und Irland sind schon sehr lange EU-Mitglied, aber Nordirland existiert nach wie vor. Um diesen Prozess kommen Sie nicht herum. Ich sage es Ihnen noch brutaler. Von einer Versöhnung sind wir meilenweit entfernt. Es ist richtig, dass politische Parteien und Politiker davon leben. Es ist richtig, dass es etwas tiefer geht. Umgekehrt es ist sehr viel getan worden insbesondere von NGOs. Ich möchte hier sagen, was das Open Society Institute, also George Soros, hier getan hat, ist wirklich beispielgebend. Mir wird da immer wieder gesagt, ja der hat ja so viel Geld. Dazu kann ich sagen, wenn alle, die viel Geld haben, ihr Geld so verwenden, wie er das tut, wäre ich selig. Soll man auch einmal respektieren, egal nun wie er es in Wirklichkeit verdient hat. Da ist einer der Bereiche, der noch sehr offen ist.

Ich bekenne mich zur katholischen Kirche und muss Ihnen etwas schmerzliches sagen. Ich fürchte, dass die Versöhnung zwischen den Konfessionen und Religionen das letzte sein wird, das passieren wird. Natürlich hat die Politik das instrumentiert, geht aber bis hinein in die Medien. Ich habe immer dagegen gekämpft, dass angesichts Bosnien geschrieben wurde, die orthodoxen Serben, die katholischen Kroaten, die muslimischen Bosniaken. Bitte, wenn Sie die wahre Religionssituation in Bosnien kennen, ich glaube 20 oder 25% der Serben sind nur Mitglied der orthodoxen Kirche usw., das sind natürlich lauter Instrumentierungen, die hier stattgefunden haben. Papst Johannes Paul II hat bei seinem Sarajewo Besuch die richtigsten Dinge gesagt. Ich fürchte nur, dass die Unterformationen das nicht ganz verstanden haben vor Ort und durchaus diese Dinge nach wie instrumentieren. Das ist ein geistiger Prozess.

Hier sage ich eine Schwäche des Stabilitätspakts. Wir sind auf Grund der verfassten Situation der Europäischen Union nicht zuständig für Erziehung, für Wissenschaft und für Kultur. Sie können diese Frage nur im Wege von Erziehung, von Wissenschaft, also Universitäten, und Kultur hier lösen. Warum sind wir nicht zuständig? Weil es keine primäre Kompetenz der Europäischen Union auf dem Gebiet gibt. Das ist alles Sache des Nationalstaates. Wir machen es trotzdem. Ich bin meiner Nachfolgerin als Unterrichtsministerin in der Seele verbunden, dass sie den Graz-Prozess für Erziehung gemacht hat. Das ist sozusagen eine Sonderaufgabe nebenbei, die existiert. Wir versuchen, im Wissenschaftsbereich was zu machen. Und die entsprechenden kulturellen Einrichtungen aus unserer Zeit haben sich auch hier sehr engagiert ganz positiv im Kulturbereich. Aber dort müsste die eigentliche Offensive stattfinden. Wobei Sie ungeheure Schwierigkeiten haben. Ich habe sehr dafür gekämpft, dass hier in Österreich Ausstellungen von Künstlern aus der Region gemacht werden. Da haben österreichische Künstler und andere gesagt, geh, die sind ja nicht einmal am letzten Stand. Es ist eine weitaus stärkere Kunst als bei uns, von dem Erleben der Kriege gekennzeichnet. Das wird bei uns fast nicht mehr verstanden. Es müsste mehr übersetzt werden. Ich habe Geld verschafft einem Wiener Theater, das sieben serbische Stücke übersetzt und

hier aufgeführt hat, dankenswerter Weise. Es hat eine elementare Wucht, was da hier produziert wird. Das wäre ganz entscheidend für die Frage, die Sie angeschnitten haben.

### **Möhring**

Aber gerade auf Grund dieser Probleme besteht da nicht auch die Gefahr oder die Möglichkeit, um es neutral zu sagen, dass sie durch die Türkei einfach überholt werden, weil die Türkei diese Probleme nicht hat, weil sie große Anstrengungen gemacht hat und nach wie vor macht, und dadurch, wie es scheint, zum Teil schon wesentliche Schritte weiter ist.

### **Busek**

Das eigentliche Interesse an der Türkei besteht aus Sicherheitsgründen und fasziniert von der Größe und dem Druck der Amerikaner, der hier existiert, und dann natürlich auch der Druck, der dadurch entsteht, dass, glaube ich, jetzt vier Millionen Türken in Deutschland leben, also es auch eine sehr politische Frage ist, und jeder will seinen Haustürken haben, das ist langsam eine politische Entwicklung hier. Das gilt nicht in gleichem Ausmaß für Südosteuropa. Richtig ist, dass es eine Entwicklung, wie das im Fachchinesisch heißt, balkan fatigue gibt, sozusagen dass man quasi genug hat. Aber das geht nur dann – und ich hoffe, dass das nicht geschieht - , wenn nicht wieder irgendwas passiert.

### **Möhring**

Sie hatten anfangs davon gesprochen, dass es auch eine österreichische Aufgabe sei sich zu engagieren. Inwiefern eigentlich?

### **Busek**

Zunächst einmal ganz primitiv aus der geografischen Nähe. Es müsste das eigentliche Interesse sein. Das, was wir an Immigration haben, ist nicht so wie in Deutschland sehr stark türkisch geprägt, sondern ist mehr von Südosteuropa hier geprägt. Und wir tun uns im Wiederfinden mancher Dinge auch leichter auf Grund gewisser Voraussetzungen, die existieren, und auch historische Bezüge, ohne nostalgisch zu werden. Der letzte und sehr wesentliche Grund, den habe ich genannt, wir werden auch geschätzt. Man nimmt uns einiges ab. Der wirkliche Vorteil, das geht bishin zu den Wirtschaftsinvestitionen, ist wohl der, dass uns jeder zutraut, dass wir nicht eine Machtfrage stellen. DA gibt es durchaus eine gewisse Sensibilität. Ich möchte auch anerkennend für österreichische Unternehmen sagen, dass sie in der Art und Weise, wie sie vorgehen, auch eine ganz beachtliche Sensibilität hier entwickelt haben. Sie sehen das an der Bankenwelt. Leider ist uns auf einer anderen Ebene die Bank Austria irgendwo Richtung Westen entkommen. Aber das ist eine österreichische Erfolgsstory in der Präsenz. Raiffeisen, eine österreichische Erfolgsstory, Hypo-Alpe-Adria, eine Erfolgsstory, Erste Bank, eine Erfolgsstory, Wiener Städtische, eine Erfolgsstory, Uniqua beginnend auch. Sie können das beliebig fortsetzen, was hier existiert. Und das gilt auch für Unternehmen. Die Zuckerwirtschaft von Südosteuropa ist im wesentlichen von Agrana bestimmt. Sie können jede Menge von Baumärkten, Baumax, hier erleben..

### **Möhring**

Ich bitte um Fragen Ihrerseits.

### **Frage**

Haben Sie bewusst Amerika und die Unterschiede der amerikanischen Politik, die ja sehr wesentlich mitgewirkt haben auch in der zeitgenössischen Politik auf diesem Erdteil, ausgelassen? Wenn Sie es bewusst taten, dann möchte ich doch nachfragen, wie Sie die neue Administration gegenüber der früheren Administration in Amerika sehen.

**Busek**

Ich habe es nicht bewusst ausgelassen, sondern ich danke Ihnen sehr für diese Frage. Es ist mir unbewusst passiert. Meine Antwort wird Ihnen erklären warum. Wir befinden uns, was den Stabilitätspakt betrifft, mit den Amerikanern total auf gleicher Schiene. Es gibt null Spannungen. Wir sind so nah, wie man nur in Wirklichkeit sein kann, hier die selbe Linie. Das ist ganz positiv. Romano Prodi hat mir immer gesagt, ich soll das überall erwähnen, weil das ist das einzige Gebiet, wo es keine Spannungen zwischen EU und USA gibt. Und das ist auch der Fall. Der Blödsinn, der öfters verzapft wird, die Amerikaner gehen jetzt aus Südosteuropa raus, ist falsch. Wo die Amerikaner sind, bleiben sie. Nehmen Sie das bitte zur Kenntnis. Operation Altea, Europa übernimmt die militärische Seite von Bosnien-Herzegowina. Blitzartig ist ein NATO General auf einen Sonderposten ernannt worden, natürlich ein Amerikaner. Sie sind schon dort. Sie sind engagiert. Sie leisten auch finanziell hier beträchtliches, nicht nur militärisch, wie wir das einseitig sehen, sondern in einem generellen Engagement, aber wirklich total abgestimmt. Sie haben nur – und das beantwortet die Frage nach Bush. Ich möchte sagen, es ist eigentlich eine andere Antwort. Ich habe erlebt beginnend mit der Southeast European Cooperative Initiative 1996 die Wandlung der Position der Amerikaner. Die erste Garnitur, so wie mein geliebter Botschafter Shifter, hat das gesehen als eine europäische Angelegenheit. Die jetzige Garnitur, State Department, Botschafter usw, sieht das als eine Angelegenheit vom Schwergewicht Mittlerer Osten, Zentralasien, schwarzes Meer, als den westlichsten Punkt der Bemühungen, den sie quasi stabilisieren wollen. Sie haben diese Position, das ist ein anderer geopolitischer Bezug. Alle meine Partner, mit denen ich zu tun habe, kommen aus Tätigkeiten, die mit Zentralasien und Mittlerem Osten zu tun haben. Es ist die Sicht, die von der Seite passiert. Bis lang keine Schwierigkeiten. Es hat sich von Clinton auf die Bush Administration, außer Personen natürlich, nicht wahnsinnig was verändert. Jetzt wird mir gesagt, es kann zu einer stärkeren Zentralisierung kommen, sprich dass die Botschafter einen geringeren Spielraum haben. Das muss man aber abwarten. Hier traue ich mir in Wirklichkeit noch kein Urteil zu.

Ich darf aber etwas nachschicken. Die Aufwendungen in Südosteuropa werden zu 55% von der Europäischen Union und den Mitgliedsstaaten beglichen, zu 25% von den USA, und das was dazwischen liegt ist Norwegen, Schweiz, Kanada und Japan. Es ist wirklich eine globale Aktivität. Wann immer in Brüssel der eine oder andere die gute Idee hat, machen wir es allein als Europäische Union, muss ich dann immer die Frage richten, wie kriegen wir die 45% hier auch plus der Aktivitäten. Insofern halte ich ja dieses Instrument für ein Beispiel, das man für benchmarking, wie man da heute so schön sagt, verwenden könnte, als Krisenpräventionsinstrument. Wir hätten einige Gegenden, wo das dringend notwendig wäre. Aber ich glaube, wir sind in manchen nicht so weit. Kaukasus ist z.B. ein solcher Fall. Wir haben einige Dinge schon exportiert in diese Richtung, aber ein gesamthaftes Konzept existiert nicht.

**Frage**

Ihren Ausführungen war im wesentlichen zu entnehmen, dass Europa kein Konzept für den südosteuropäischen Raum hat. Glauben Sie, dass das irgendwann entwickelt werden könnte? In Amerika gibt es think tanks sonder Zahl, und in Europa scheint so was zu fehlen, die sich damit geistig befassen, wie die Strategie für Südosteuropa konstruktiv in den nächsten 10 Jahren z.B. ausschauen könnte. Gibt es Ansätze?

**Busek**

Europa hat ein klares Konzept, nämlich die Mitgliedschaft zur Europäischen Union. Das muss man schon als Antwort sagen. Und es gibt eine Reihe von think tanks. Ein Mitglied eines solchen sitzt hier, Botschafter Rohan ist in der International Crisis Group, glaube ich, wenn ich das richtig wieder gebe. Es gibt eine Reihe von anderen, die European Stability Initiative, wo auch ein Österreicher tätig ist, Gerald Knaus. Das existiert schon und ist im beachtlichen Maß da. Die Schwierigkeit liegt nicht bei den think tanks, die Schwierigkeit liegt in der politischen Entscheidungsfindung. Hier muss ich Ihnen ganz offen sagen, ich bin einer jener geworden, der

dem gegenwärtigen Konzept, das 25 Ministerpräsidenten miteinander genau wissen, wo es für Europa lang geht, nichts abgewinnen kann. Wenn wir gerade im Bereich der Außenpolitik, der Sicherheitspolitik und diesen Fragen zu einer stärkeren Handlungsfähigkeit kommen, werden wir hier immer das Nachsehen haben. Wobei es mir nicht um den Wettbewerb mit den USA geht, die auf Grund ihrer Verfasstheit rascher entscheidungsfähig sind, sondern die Frage, wie wir zu einem in sich stimmigen Konzept hier kommen. Das Problem liegt in den Staatskanzleien. Es liegt bitte nicht in Brüssel.

### **Frage**

Meine Frage geht um Kosovo. Würde Österreich und die Europäischen Union eine Unabhängigkeit des Kosovo akzeptieren, nachdem Kosovo diese Standards ausgeführt hat?

### **Busek**

Für Österreich kann ich die Frage nicht beantworten, weil ich nicht in der Regierung vertreten bin. Ich glaube, dass wir auf jeden Fall eine Formel finden müssen, die eine weit gehende Autonomie hier erzeugt. Ob man im ersten Schritt eine Unabhängigkeit generell zumuten kann, weiß ich nicht. Vergessen Sie nicht, dass für die Kosovo Frage am Ende aller Tage der Sicherheitsrat zuständig ist. Und wer ein Veto im Sicherheitsrat hat, ist Ihnen auch klar. Ohne dem wird es in Wirklichkeit nicht gehen. Daher sind eher Schritte notwendig. Aber hier möchte ich deutlich sagen, es müssen Zuständigkeiten von UNMIK auf die provisorische Regierung übertragen werden. Z.B. die Frage der Sicherheit der serbischen Minorität würde ich zu beachtlichen Teilen gerne auf die provisorische Regierung übertragen, damit sie Verantwortlichkeit zeigen muss. Im Moment kann sie immer mit Recht sagen, wir sind für nichts zuständig. Die Polizeigewalt ist nach wie vor UNMIK, die Frage der Privatisierungen ist nach wie vor UNMIK und, und, und. Das macht die Sache sehr, sehr schwierig. Sie haben ja obskure Zustände. Wenn Sie mich noch eine Anekdote erzählen lassen. Der Luftraum über Kosovo ist immer noch gesperrt. Wissen Sie, was das kostet? Das kostet an Kerosinkosten 1,2 Millionen EUR am Tag. Wir haben eine Formel erfunden, wie man zumindestens die high fly zone hier internationalisieren könnte. Ich bringe die Vereinten Nationen in New York nicht dazu, hier entsprechende Schritte zu setzen. Einen haben wir zu Stande gebracht. Für jeden Flughafen in der Welt muss ein Staat zuständig sein. Wissen Sie, wer für den Flughafen in Pristina zuständig ist? Island. Island ist das Land, das drei Flughäfen in der Zuständigkeit hat, Keflavik auf Island, ist klar, Pristina und Kabul. Ganz interessante Mischung. Ich erkläre Ihnen auch warum. Die Dänen haben betreffend der Lufthoheit die Zuständigkeit auf die Isländer übertragen, und daher haben sie relativ viel Controller und können daher einige abtreten. Daher ist es so, dass Sie einem isländischen Offizier begegnen, wenn Sie in Pristina landen. Das ist Globalisierung, ganz interessant, wohin die Wikinger überall kommen.

### **Frage**

Es scheint, dass der Unterschied in der Persönlichkeit von Colin Powell und Frau Rice ziemlich groß ist. Dazu muss man sagen, dass offensichtlich die Beziehung zwischen der neuen Secretary State und dem Präsidenten viel enger ist als bis jetzt mit Colin Powell. Glauben Sie, dass diese Änderung sich reflektieren könnte auf die US Politik in der Region?

### **Busek**

Es ist sehr schwer, unter die Propheten zu gehen. Der Einfluss von Colin Powell direkt auf die Politik in Südosteuropa war für mich jedenfalls nicht merkbar. Es gibt jemanden, der der Stellvertreter von Sören Jensen Petersen in UNMIK Kosovo ist, das ist Larry Rossin. Larry Rossin war nicht nur Botschafter in Bosnien und in Kroatien, sondern Larry Rossin hat auch mit Condoleeza Rice im National Security Council gearbeitet. Ich kann nur sagen, dass die Positionen, die Larry Rossin bis lang vertritt, für Europa durchaus akzeptabel und gemeinsam sind. Was die Zukunft bringt, ist hier schwer voraussagbar.

**Frage**

Eine kurze Frage zu den Roma. Da gab es in den letzten 4, 5 Jahren relativ starke Initiativen auf mehreren Ebenen, die von der OSZE gebündelt worden sind. Das ist immerhin die größte Minderheit in ganz Südosteuropa. Wie ist da der Stand?

**Busek**

Wir sind uns des Problems bewusst. Es hat auch eine Reihe von Initiativen gegeben. Aber ich sage Ihnen, sehr erfolgreich waren wir nicht. Nur das beginnt schon früher. Die Frage der Roma irgendwo zwischen Rumänien, Slowakei, Tschechische Republik usw. ist auch ein ungelöstes Problem. Wobei man sagen muss, es versuchen alle, etwas zu tun. Aber so, dass man sagen kann, dass man hier zufrieden sein kann, sind wir hier weit entfernt. Das ist wie gesagt bei Rumänien ein Problem. Es gibt im Kosovo auch Roma, in Montenegro und in Serbien, vielleicht nicht vom zahlenmäßigen so signifikant wie in den vorher genannten Ländern. Bewusstseinslage existiert. Die Schwierigkeit ist, dass wir halt generell mit einer beachtlichen verarmten Bevölkerung selber zu tun haben. Nur um Sie mit Zahlen zu belästigen. Die Zahl der Arbeitslosigkeit im Kosovo ist 50% bei einer Bevölkerung, die zur Hälfte unter 25 Jahre ist. Wenn die zur Waffe greifen, wenn ich jetzt sage, ich verstehe es, ist das missverständlich. Aber darum ist die Frage, wirtschaftlich etwas zu tun und ihnen Möglichkeiten zu bringen, ungeheuer. In Mazedonien 30% Arbeitslosigkeit. Vielleicht nicht Arbeitslosigkeit wie in unserem Sinn. Das ist natürlich etwas fließender. Sozusagen, da pfuscht ein jeder, Und man kann auch von den Wirtschaftsziffern in dem Sinn, BNP, wie messen Sie das unter solchen Gegebenheiten. Aber das zeigt natürlich, wo hier die wirklich dramatischen Situationen sind.

**Frage**

Sie haben gesagt, Ziel der Europäischen Union oder Vision ist Erweiterung und ist Beitritt der südosteuropäischen Staaten. Ist das nicht aber als Ziel zu kurz gedacht? Weil dann sind sie dabei, aber was machen wir dann? Ist dann die Gefahr der Freihandelszone nicht zu groß, wenn nicht mehr dahinter steht?

**Busek**

Politisch gesehen sind diese Länder dafür keine Gefahr. Die Errichtung der Freihandelszone ist eher eine politische Frage. Großbritannien zeigt immer wieder in diese Richtung. Das hat überhaupt nichts mit Südosteuropa zu tun, sondern ist eine grundsätzliche Einstellung. Das kommt aus dem alten britischen Verständnis der balance of power, ist eine andere politische Inkulturation, die hier existiert. Vergessen Sie nicht, dass Engländer in meiner Generation immer noch, wenn sie über den Ärmelkanal oder unter dem Ärmelkanal fahren, sagen: I am going to Europe. Das heißt also, es ist ein sehr distantes Verhältnis. Und ich treffe durchaus auch Engländer, die die gleiche Einstellung zum Ärmelkanaltunnel haben wie die Vorarlberger zum Arlbergtunnel: Was Gott durch einen Berg getrennt hat, soll der Mensch nicht durch ein Loch verbinden. Das kommt eher aus dieser Ecke. Die Länder der Region sind im Handel ungeheuer stark auf die EU orientiert. Wir tun jetzt gegenwärtig sehr viel dazu, um den Handel zwischen den Ländern zu ermöglichen mit Freihandelsübereinkommen. Das ist erfolgreich. Das wächst hier. Die Orientierung hin zur EU ist gewaltig, wird eigentlich unterschätzt und ist ein dynamischer Faktor in Richtung Integration.

**Frage**

Ich hätte eine vielleicht etwas zu blühende Fantasie, wenn ich behaupte oder weiß, dass seinerzeit Dr. Helmut Kohl mit Tucman so was wie eine Wirtschaftsverbindung aufnehmen wollte, und knüpfe jetzt daran den Gedanken, ob nicht mit irgendeinem südosteuropäischen Land, in dem Fall Kroatien, von einem derzeit schon der EU zugehörigen Land so was wie eine Patenschaft übernommen werden könnte

Wäre so eine Patenschaft doch etwas real zu Überlegendes?

**Busek**

Das ist Realität und zwar auf eine sehr kluge Weise mit den so genannten twinning programmes. Das heißt, in bestimmten Bereichen übernehmen dann Mitgliedsländer der Europäischen Union Patenschaft, assistieren hier und geben Hilfe. Es ist die Gefahr dann sehr gering, dass es diesen Beigeschmack hat, dass es Prioritäten von bestimmten Mitgliedsstaaten gibt, und wir hier in alte historische Muster hinein fallen. Das existiert, ist sehr erfolgreich. Jetzt lassen Sie mich etwas sehr positives sagen. Die 8 neuen Mitgliedsländer sind hier ungeheuer aktiv. Das ist der Grund, warum ich nach Prag fahren. Die Tschechen stecken Geld hinein, stecken Personal hinein, sind hier engagiert. Es machen genau so die Ungarn, die Slowenen, die Slowaken, die Polen. Ich werde nächste Woche in die baltischen Länder zu fahren haben. Die sind wirklich bereit dazu. Ich muss Ihnen sogar ein bisschen kritisch sagen, die neuen Mitgliedsstaaten sind hier auf eine gewisse Weise fast offener, weil sie wissen, wie schmerzlich der Transformationsprozess ist, und sie möchte ihre Erfahrungen gern weiter geben. Das ist wirklich eigentlich gut unterwegs.

**Frage**

Ich möchte einen Halbsatz von Ihnen aufgreifen, den Sie in Ihren Ausführungen gesagt haben, und zwar punkto England, Irland sind schon lange EU-Mitglieder, Nordirland gibt es trotzdem noch. Wie schätzen Sie ein, gibt es eine gemeinsame europäische Politik, Südosteuropa Unterschiede vorher im Laufe der Beitrittsverhandlungen oder erst innerhalb der EU dann lösen zu wollen? Ich denke, da wird es ja große strategische Unterschiede geben. Anschließend eine juristische Frage. Wenn Prozesse in Den Haag noch anhängig sind, ist das im Zuge der Beitrittsverhandlungen ein Hemmschuh, gibt es da Probleme?

**Busek**

Ich beantworte die zweite Frage zuerst. Die Tatsache, dass die Kroaten noch nicht ausliefern konnten, ist ein Hemmschuh für die Beitrittsverhandlungen. Betreffend Serbien-Montenegro ist es ein Hemmschuh für die Mitgliedschaft bei der Partnership for Peace im NATO Umfeld. Das sind ganz eindeutige Hemmnisse. Das ist eine gewisse Konditionalität, die von den Mitgliedsstaaten der Europäischen Union unterschiedlich intensiv ausgeübt wird, aber das Problem existiert hier. Zur ersten Frage, quasi eine strategische Veränderung oder so was erzeugt das in Wirklichkeit nicht. Ich habe eine ganz andere Sorge. Beim letzten West Balkan Summit ist das ein bisschen auch heraus gekommen. Hier hat Solana ziemlich deutlich diesen Ländern gesagt, tut weiter, wir sind ein Global Player, wir haben ganz andere Sorgen, wenn ihr nicht weiter tut, dann seid ihr selber Schuld und habt in dem Sinn quasi keine Chancen. Die Schwierigkeit ist, dass es eine sehr starke, ich sage ihnen immer, dass sie sehr inverse looking sind, also sich ungeheuer mit sich selbst beschäftigen, was psychologisch erklärbar ist, was aber in dem Zusammenhang eigentlich nicht sehr hilfreich ist. Das ist die eigentliche Problematik, die hier existiert. Aber generell erlauben Sie mir zu sagen, dass seit den kriegerischen Handlungen, die alle diese Initiativen erzeugt haben, ich schon sagen muss, dass es einen ganz beträchtlichen Fortschritt gibt und dass sich die Situation wirklich entscheidend verbessert hat. Als einer, der dort ständig umgehen muss, kann ich das sehen. Nur ist natürlich die Distanz zu unseren Verhältnissen nach wie vor eine beträchtliche. Wobei auch einmal gesagt werden muss, wir zählen ja zu den Profiteuren. Die Zahl der Unternehmen, die dort beschäftigt sind, die dort investieren und dergleichen mehr, ist in Wahrheit beträchtlich. Wenn Sie sich die Gewinnzahlen bestimmter Unternehmensgruppen hier anschauen, die sind ganz eindeutig davon bestimmt. Es ist unglaublich. Damit ich nicht immer die Banken nenne. Ich war bei einer Konferenz der Wienerberger Gruppe in Zypern. Vom Umsatz her und vom Gewinn ist Südosteuropa dort in der Gegend zwischen 35% und 42%. Das, was mich schmerzt ist, dass das viel zu wenig gewusst wird. Es ist nicht so, dass man sagt, aha, man muss jetzt was für euch tun, ihr Armen, sondern dass wir in Wahrheit auch Profiteure dieser Entwicklung sind, was eigentlich Grund wäre für eine wirklich ehrlich und gut gemeinte Partnerschaft und nicht für das gepflegte Desinteresse, das manchmal existiert.

**Möhring**

Wir nähern uns der zwei-Stunden-Grenze. Das ist auch für das Kreisky Forum eine lange Zeit. Ich danke Ihnen und ich danke Ihnen vor allem, wie eindrucksvoll und einleuchtend Sie dieses schwierige Konstrukt Südosteuropa beschrieben haben, diese Region einzubinden in Europa oder sagen wir möglicherweise auch in die Europäische Union. Wir Österreich sind nun 10 Jahre dabei. Das sollte uns nicht dazu verleiten, nun eine entsprechende Arroganz zu Tage zu legen. Und das ist auch sichtbar geworden. Da danke ich Ihnen ganz besonders dafür. Man muss mit dem Herzen dabei sein, wenn man sich dieser Region widmet, diesen Ländern widmet und einer möglichen politischen, wirtschaftlichen Lösung innerhalb der Europäischen Union. Herzlichen Dank fürs Kommen.